

<u>Protokoll</u> über die Sitzung des Haupt-, Finanz-, Bau- und Umweltausschusses am Donnerstag, den 9. November 2023
--

Anwesend:

Vorsitzender	Bernhard Mensing
Gemeindevertreter	Gerhard Pippert
Gemeindevertreterin	Bruno Sieberhein
Gemeindevertreter	Erwin Roth
Gemeindevertreter	Ingo Krause
Gemeindevertreterin	Timo Sauer für Susanne Thomas
Gemeindevertreter	Christoph Jost

Weiterhin waren anwesend:

Bürgermeister	Gerhold Brill
Erste Beigeordnete	Friederike Gruß
Beigeordneter	Mathias Mengel
Beigeordneter	Dieter Schönberg
Gemeindevertreter	Niclas Krannich
Gemeindevertreter	Michael Pack
Gemeindevertreter	Guido Hasecke

Gast: Andrea Bullmann, Gesamtleitung der Kindergärten

Schriftführung: Stephanie Flügel

Beginn: 20:00 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Bürgermeister Brill den Antrag, den TOP 8 „Änderung der Kindergartensatzung“ auf TOP 1 vorzuziehen. Frau Bullmann, Gesamtleitung der Meinharder Kindergärten, ist zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig, dass der TOP 8 „Änderung der Kindergartensatzung“ auf TOP 1 vorgezogen wird.

Nach Veröffentlichung der Einladung und somit Bekanntgabe der Tagesordnung hat die Gemeindeverwaltung einen weiteren Punkt „Antrag der CDU-Fraktion Prüfung Erweiterung Kindergarten Frieda“ auf die Tagesordnung setzen wollen. Herr Roth weist in der Sitzung darauf hin, dass dies nicht rechtens sei und bittet darum, über die Erweiterung der Tagesordnung abzustimmen.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder beschließen, die Erweiterung der Tagesordnung, um den Punkt „Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung auf Erweiterung des Kindergartens Frieda“ mit drei Ja-Stimmen, drei Gegenstimmen und einer Enthaltung abzulehnen.

TOP 1 (Neu)

Änderung der Kindergartensatzung

Frau Bullmann, Gesamtleitung der Meinharder Kindergärten, ist zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Dass die Kindergärten künftig drei Wochen in den Sommerferien schließen sollen und keine Notgruppe mehr angeboten werden soll, hat sowohl in der letzten Sitzung des JKSF-Ausschusses als auch beim HFBU-Ausschuss für Unstimmigkeiten und teilweise auch Ablehnung gesorgt. Aus diesem Grund wurde Frau Bullmann zu der Sitzung eingeladen, um zu diesem Thema noch einmal Stellung zu beziehen.

Herr Mensing erteilt Frau Bullmann das Wort.

Frau Bullmann erklärt, warum sie die Schließung in den drei Wochen Sommerferien für sinnvoll hält. Notgruppen sind für die Eltern vorgesehen, die keine Betreuung ihrer Kinder sicherstellen können. Es ist wichtig, dass die Erzieher/innen und auch die Kinder sich in diesen drei Wochen erholen können. Können die Erzieher/innen keinen Urlaub in den Sommerferien nehmen, sind sie gezwungen ihren Urlaub im Laufe der Kindergartenzeit abzubauen, was dann wieder zu Personalausfällen und Überstunden anderer Kollegen führt. Auch für die Kinder ist diese Pause wichtig. Auch sie haben ein Recht auf Urlaub und Erholung außerhalb des Kita-Alltags, denn es gibt viele Kinder, die das ganze Jahr über im Kindergarten sind, ohne längeren Urlaub oder Pausen. Zudem gibt es Einschränkungen was die Nutzung der Notgruppen angeht. Kinder, mit besonderem Förderbedarf, und auch Krippenkinder sind von der Notgruppe ausgeschlossen, da in diesen Fällen die Bezugserzieher nicht vollumfänglich zur Verfügung stehen. Mit den Elternbeiräten wurde dieses Thema bereits besprochen und sie haben ihr Einverständnis zu der neuen Regelung gegeben. Auch die umliegenden Kindergärten haben in den Sommerferien drei Wochen komplett geschlossen. Die Eltern stehen nun in der Verantwortung ihre Kinder für drei Wochen selbst zu betreuen. Die Ferienzeiten für den Sommer 2024 wurden den Eltern bereits in diesem Sommer mitgeteilt. Für Frau Bullmann ist es kein Problem, die Ferienzeiten auch zwei Jahre im Voraus bekannt zu geben. So können sich alle darauf vorbereiten.

Bürgermeister Brill kann, wie auch Frau Bullmann, zwar die Sorgen der Eltern nachvollziehen, aber durch die frühzeitige Planung und die genannten Argumente sollte die Überbrückung dieser drei Wochen möglich sein.

Herr Krannich kann die Argumente nachvollziehen. Auch seinem Sohn tun die drei Wochen Auszeit gut.

Herr Pack versteht, dass die Kinder auch mal eine Pause vom Kindergarten brauchen. Er kennt jedoch auch Arbeitgeber, die nur 24 Tage Urlaub anbieten. Da wird es dann für die Eltern schon schwierig.

Auf Nachfrage von Herrn Pack erklärt Frau Bullmann, dass die drei Wochen Kindergarten-Ferien bewusst in die Sommerferien gelegt werden, da viele Eltern auch Geschwisterkinder in der Schule haben, die ebenfalls Sommerferien haben und so beide Kinder zur gleichen Zeit zu Hause sind.

Frau Bullmann erklärt, dass sich bei der letzten Notgruppe sehr wenig Kinder im Verhältnis zu der Gesamtzahl angemeldet haben.

Aufgrund dessen befürwortet auch Herr Hasecke die Schließung in den Sommerferien.

Herr Roth gibt zu bedenken, dass es auch Alleinerziehende gibt oder Eltern, die in den Sommerferien keinen Urlaub machen können und befürwortet die Notgruppe. Er schlägt außerdem vor, für den Fall, dass die Einrichtungen für drei Wochen geschlossen werden, die Gebühren für diese Zeit zu erlassen.

Bürgermeister Brill kann diese Äußerung nicht nachvollziehen.

Herr Pippert schlägt vor, die Kinder für diese Zeit in Kindergärten anderer Kommunen unterzubringen. Bürgermeister Brill hat dies bereits geprüft. Eine Unterbringung in andere Kindergärten ist aufgrund der vorgegebenen Platzzahl, der Betriebserlaubnis und der fehlenden Bezugserzieher/innen nicht möglich. Außerdem, so Brill, schließen die Kindergärten in den Sommerferien auch.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder beschließen mit fünf Ja-Stimmen und zwei Gegenstimmen, der Gemeindevertretung zu empfehlen, der 3. Änderung der Kindergartensatzung, in der vorliegenden Fassung vom 1. November 2023, zuzustimmen.

TOP 2 (Neu)

Bericht zum Haushaltsvollzug und Schuldenstand

Bürgermeister Brill berichtet, dass zum Stand 31. Oktober 2023 68 % der geplanten Erträge, ca. 8.200.000,- €, eingenommen und 67 % der geplanten Ausgaben, ca. 8.300.000,- €, getätigt wurden.

Der Schuldenstand zum 31. Oktober 2023 beläuft sich auf 10.640.000,- €.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Herr Pippert erkundigt sich, ob der Haushalt 2023 mittlerweile genehmigt wurde. Bürgermeister Brill verneint dies. Herr Pippert bedauert es, dass Investitionen geschoben werden müssen. Die Haushaltsgenehmigung hängt mit der Fertigstellung des Jahresabschlusses 2021 zusammen, erklärt Bürgermeister Brill. Ohne diesen wird der Gemeinde Meinhard der Haushalt 2023 nicht genehmigt. Bürgermeister Brill möchte seine Kollegin aus der Kämmerei da auch nicht überfordern und ihm missfällt die Nachfrage von Herrn Pippert.

Herr Hasecke unterstützt die Frage von Herrn Pippert. Es ist berechtigt, dass sich die Gemeindevertreter nach dem Sachstand erkundigen.

TOP 3 (Neu)

Kostenbericht Werratalsee

Wie von Herrn Mensing gewünscht, erklärt Bürgermeister Brill, dass die Gesamtkosten für den Werratalsee bisher, gemäß Bericht aus 2016, bei 3.000.000 Euro liegen.

Beigeordneter Mengel hat sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt und einen ausführlichen Bericht erstellt. Bürgermeister Brill bittet aus diesem Grund Herrn Mengel, den Kostenbericht an seiner Stelle vorzutragen.

Herr Mengel erklärt, dass er sich auch schon in der Vergangenheit intensiv mit dem Werratalsee beschäftigt und auch schon in seiner Zeit als Fraktionsvorsitzender Zahlen, Daten und Fakten zusammengetragen hat. Der Bericht wird den Ausschussmitgliedern im Nachgang per E-Mail zugehen.

Der Bericht von Herrn Mengel hängt dem Protokoll an.

Die Anwesenden nehmen den Bericht von Herrn Mengel zur Kenntnis.

Bürgermeister Brill bedankt sich bei Herrn Mengel für den ausführlichen Vortrag. Die 50 / 50 – Regelung, dass Meinhard und Eschwege jeweils 50 % der Kosten für den Werratalsee tragen, war damals eine Einigung der Bürgermeister, da beide Kommunen Interesse hatten, in den See und den Tourismus zu investieren. Die Frage von Herrn Brill ist, was kann sich die Gemeinde Meinhard leisten?

Herr Pippert merkt an, dass die genannten 3 Millionen sich auf die Gesamtkosten, auch auf die komplette Herrichtung des Sees und des Ostufers beziehen, inklusive Fördergelder der EU. Für ihn ist das somit keine Berechnungsgrundlage was das Wasser des Sees angeht.

Herr Mensing vertritt die Meinung, dass bereits zu viel Geld für den See ausgegeben wurde. Er bemängelt die Kostenaufteilung von 50 % / 50 %, obwohl Meinhard nur 6 % der Fläche gehören. Somit wurde in seinen Augen ein erheblicher Mehrbetrag von Meinhard bezahlt.

Herr Roth schließt sich der Meinung von Herrn Mensing an. Wie viel Geld wollen wir denn noch versenken? Bisher hat kein Projekt zu einem sichtbaren Erfolg geführt, so Roth.

Herrn Hasecke weist darauf hin, dass bei diesem Thema auch die Werra nicht außeracht gelassene werden darf. Für ihn ist es nicht nachvollziehbar, dass die Werra nicht genauer betrachtet wird. Er mutmaßt, dass die schlechte Qualität des Sees mit der Absenkung der Werra zusammenhängt. Das hat auch der Gutachter, beim Info-Abend in Eschwege, bestätigt. Sowohl das Wasser aus der Werra, als auch das Wasser im See sind identisch. Man muss jetzt unmittelbar etwas tun.

Herr Mengel widerspricht Herrn Hasecke. Die Werra war immer wieder Thema, wenn es um den See ging.

Herr Krause und Pippert verstehen, dass das Thema sehr emotional ist. Man will was tun, aber die Mittel sind begrenzt. „Wir sind hier alle nur Leihen“, so Herr Krause. Die beiden bitten darum, sich auf die vorliegenden Anträge zu konzentrieren und sich nicht zu weit im Thema zu verlieren.

TOP 4 (Neu)

Antrag des Bürgermeisters „Werratalsee – Antrag zur Sanierung des Werratalsees“

Bürgermeister Brill kommt auf das Fischsterben und die Rettungsaktionen vieler Ehrenamtlicher im September 2023 zu sprechen. Er bedauert es, dass so viele Fische im See sterben mussten. Das ist schlimm, aber das kann passieren und passiert auch in anderen Gewässern.

Worüber er jedoch noch mehr entsetzt war, waren die Reaktionen in den sozialen Netzwerken. Er und auch Bürgermeister Heppe wurden teilweise heftig angegriffen. So ein Verhalten war nicht in Ordnung. Wir wissen, dass wir ein Zeichen setzen und Tätig werden müssen. Dafür muss man einen nicht so massiv angreifen. Der See gerät nicht in Vergessenheit, so Brill. Er verliest noch einmal seinen Antrag.

Herr Pack bezieht sich auf den Punkt im Antrag des Bürgermeisters, dass die Fische des Werratalsees, befristet, in andere Teiche, rund um den See, umgesetzt werden sollen. Für ihn ist dies nicht möglich. Man kann die Tiere nicht einfach umsetzen. Die Fische brauchen Platz. Die umliegenden Teiche geben das nicht her. Außerdem wäre es ein enormer Aufwand, die Tiere einzufangen und umzusetzen.

Bürgermeister Brill versteht das und weiß, dass dieser Vorschlag, der nun auch schon einige Wochen alt ist, so nicht umgesetzt werden kann.

Herr Hasecke begrüßt den Antrag des Bürgermeisters. Die Umsetzung der Fische sollte allerdings herausgenommen werden.

Herrn Roth und Herrn Mensing interessieren die Kosten.

Auch Herr Pippert findet den Antrag des Bürgermeisters nicht schlecht. Er dient als gute Diskussionsgrundlage. Bürgermeister Brill gibt an, dass die Punkte durchaus überarbeitet werden können.

Herr Jost schließt sich der Meinung von Herrn Pippert an. Das Thema sollte im Ausschuss bleiben und der Antrag des Bürgermeisters überarbeitet werden.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig, dass der Antrag zur weiteren Beratung und Bearbeitung im Ausschuss bleiben soll.

TOP 5 (Neu)

Gemeinsamer Antrag der SPD-, ÜWG- und FDP-Fraktion „Werratalsee – Beantragung und Bearbeitung eines Planfeststellungsverfahrens in Zusammenarbeit mit der Stadt Eschwege“

Herr Pack gibt eine kurze Erklärung zum gemeinsamen Antrag der drei Fraktionen.

Bürgermeister Brill erklärt, dass die Kosten für ein solches Planfeststellungsverfahren im siebenstelligen Bereich liegen.

Herr Sauer ist der Meinung, dass die Eigentumsverhältnisse genau geklärt sein müssen, damit man weiß, wer wie viel zahlen muss. Es muss geklärt sein, ob die Eigentumsverhältnisse oder die Gemarkungsgrenzen bei der Kostenverteilung entscheidend sind. Herr Sauer schlägt vor, sich dabei rechtlich beraten zu lassen. Außerdem sollte man auch darüber nachdenken, auch die privaten Eigentümer des Sees mit ihm die Kostenverteilung einbeziehen, da sich Teile des Sees im Privatbesitz befinden.

Herr Mensing begrüßt die Idee. Auch die privaten Eigentümer müssten „mit ins Boot geholt werden“.

Genau das beinhalten die Anträge, dass solche Fragen geklärt werden, ergänzt Herr Pack.

Herr Hasecke ermahnt, dass die Gemeinde hoch verschuldet ist und man nicht weiß, welche genauen Kosten bei einem solchen Verfahren auf die Gemeinde zukommen. Man kann sich ja bei Abstimmungen oder ähnlichem beteiligen und bei Diskussionen und Aktionen mitwirken, die kein Geld kosten.

Herr Mengel weist darauf hin, dass die Gemeinde auch Verpflichtungen hat und kommt auf die Wasserrahmenrichtlinie zu sprechen. Wenn wir in Sachen Werratalsee tätig werden wollen, muss das Planfeststellungsverfahren angeschoben werden, so Herr Mengel.

Die Anwesenden diskutieren intensiv, ob oder wie man tätig werden könnte, auch in Bezug auf das Planfeststellungsverfahren.

Herr Pippert bittet den Bürgermeister darum, sich nach Fördergeldern zu erkunden und überlegt, ob es nicht sinnvoll wäre, künftig ausschließlich in Projekte zu investieren, die bezuschusst werden.

Die Anwesenden sind sich einig, dass erst die Kostenverteilung und die Besitzverhältnisse rechtlich geklärt werden sollen, bevor Entscheidungen getroffen werden, auch was die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und das Planfeststellungsverfahren angeht.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig, dass das Thema zur weiteren Beratung im Ausschuss bleiben soll. Außerdem ist die Kostenverteilung in Bezug auf die Besitzverhältnisse zu klären, auch unter Berücksichtigung von Fördermöglichkeiten.

TOP 6 (Neu)

Gemeinsamer Antrag der SPD-, ÜWG- und FDP-Fraktion „Werratalsee - Bereitstellung finanzieller Mittel für 2024 und folgende Jahre“

Herr Pack erläutert den gemeinsamen Antrag. Es ist wichtig, dass Geld im Haushalt eingestellt wird, um in diesem Bereich tätig zu werden.

Herr Krause überlegt, ob man diese Position dann nicht mit einem Sperrvermerk versehen könnte.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig, der Gemeindevertretung zu empfehlen, im Haushalt 2024 50.000,- € für die Sanierung und den Erhalt des Werratalsees einzustellen. Weiter wird empfohlen, die Position mit einem Sperrvermerk und der Möglichkeit zur Übertragung zu versehen.

TOP 7 (Neu)

Gemeinsamer Antrag der SPD-, ÜWG- und FDP-Fraktion „Werratalsee – Ermittlung Kostenanteil der Gemeinde Meinhard für notwendige Investitionen“

Die Anwesenden sind sich einig, dass dieser Antrag ebenfalls zur weiteren Beratung im Ausschuss bleibt.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig, dass das Thema zur weiteren Beratung im Ausschuss bleiben soll. Außerdem ist die Kostenverteilung in Bezug auf die Besitzverhältnisse zu klären, auch unter Berücksichtigung von Fördermöglichkeiten.

TOP 8 (Neu)

Antrag der CDU-Fraktion „Werratalsee – Sofortige Freigabe für Wasserfahrzeuge jeglicher Art“

Herr Hasecke erklärt nochmal seinen Antrag. Sollte die Freigabe erteilt werden, sind selbstverständlich die gesetzlichen Vorschriften dafür zu beachten. Ihm ist bewusst, dass der Sauerstoff nicht bis in die unteren Schichten vordringt. Die Wirkung ist zwar gering, aber es ist eine erste Maßnahme, die sofort umgesetzt werden könnte, ohne große Kosten zu verursachen, so Herr Hasecke. Vielleicht würde man damit auch die Gänse etwas vertreiben.

Herrn Pack bezweifelt die Effektivität der Maßnahme, auch wenn er es begrüßt, dass man sich Gedanken macht.

Auch Herr Krause findet es gut, dass darüber nachgedacht wird. Jedoch sieht auch er die Wirkung als zu gering. Herr Jost schließt sich dem an.

Herr Krause kommt auch auf die Eigentumsverhältnisse zu sprechen. Wenn, dann müsse man auch mit Eschwege sprechen.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder beschließen mit drei Ja-Stimmen und vier Nein-Stimmen, der Gemeindevertretung zu empfehlen, den Antrag der CDU-Fraktion abzulehnen.

TOP 9

Digitale Dorflinde – Sachstands- und Kostenbericht

Bürgermeister Brill erklärt, dass das Land Hessen damals die Idee hatte die digitale Dorflinde umzusetzen. Mit dem Förderprogramm „Digitale Dorflinde“ wollte das Land Hessen Städte und Gemeinden bei der Einrichtung kommunaler WLAN-Infrastrukturen unterstützen.

Das freizugängliche WLAN hatte durchaus einen Mehrwert dargestellt. Vier Kommunen aus dem Werra-Meißner-Kreis hatten sich in 2018 für das Projekt beworben. Meinhard hatte seinerzeit einen Antrag auf 10 Hotspots gestellt. Die Zuwendungsfähigen Kosten lagen bei rund 11.400,- €. Die Zuwendung lag bei 8.800,- €. Die Betriebskosten belaufen sich derzeit auf insgesamt 403,- € pro Monat. Es gab und gibt jedoch immer wieder an einigen Standorten Probleme mit der Technik und der Inbetriebnahme. Auch der Service mit dem zuständigen Partner läuft bedauerlicherweise nicht wie erwartet.

Aus diesem Grund gilt es zu überlegen, ob man nach Ablauf der Frist aus dem Vertrag aussteigen sollte, da Kosten und Nutzen nicht im Verhältnissen stehen. Eine Kommune aus dem Werra-Meißner-Kreis hat das für sich bereits beschlossen. Der Ausstieg wird im Gemeindevorstand noch einmal diskutiert, erklärt Bürgermeister Brill.

Herr Jost findet WLAN in den Bürger- und Dorfgemeinschaftshäusern sinnvoll. Vielleicht sollte man sich diesbezüglich selbst verwalten. Die Notwendigkeit der digitalen Dorflinde stellt er allerdings in Frage.

Herr Krannich stimmt Herrn Jost zu. Auch die Umstellung auf Glasfaser darf die Gemeinde dabei nicht außer Acht lassen.

Herr Hasecke weiß, dass sich das Projekt damals sehr ansprechend angehört hatte.

Herr Mensing teilt mit, dass in Neuerode anstatt der zugesagten zwei Anschlüsse lediglich einer eingebaut wurde und dieser zudem häufig gestört ist.

TOP 10

Liegenschaftsbericht des Bürgermeisters

Feuerwehrhaus Frieda

Das Feuerwehrhaus in Frieda ist fertig.

Feuerwehr Schwebda

Der Spatenstich für den Neubau des Feuerwehrhauses findet am 27. November 2023 statt. Die Lieferung des Rettungsbootes ist für den 16. Dezember 2023 geplant.

PV-Anlage Gemeindeverwaltung

Auf dem Dach der Gemeindeverwaltung wurde eine Photovoltaikanlage installiert.

Jährliche Spielplatzkontrolle

Bei der jährlichen Spielplatzkontrolle wurden von den Sachverständigen neben den kleineren Mängeln, wie Fallschutzkies erneuern oder Holzelemente austauschen, nun auch gravierende Mängel festgestellt. So muss der Spielplatz am Ostufer in Schwebda mit einem Zaun versehen werden, damit die Kinder beim Spielen auf dem Spielplatz nicht in den Werratalsee fallen können. Die Kosten für den Zaun, welcher zudem auch noch gewisse Anforderungen erfüllen muss, belaufen sich auf ca. 40.000,- €.

Ähnliches gilt für den Spielplatz in Hitzelrode. Dort befindet sich in unmittelbarer Nähe der Feuerlöschteich, der ebenfalls zum Schutz der Kinder eingezäunt werden muss. Die Kosten für diesen Zaun belaufen sich auf ca. 22.000,- €.

Funkmast zwischen Jestädt und Motzenrode

Bürgermeister Brill verkündet, dass das Unternehmen O2 einen Funkmast zwischen Jestädt und Motzenrode bauen will.

Stützmauer in der Eschweger Straße

In der Eschweger Straße lässt Hessen Mobil derzeit die Stützmauer erneuern. Auch das Gelände oberhalb der Mauer wird ausgetauscht.

TOP 11

Tagesordnung zur Sitzung der Gemeindevertretung am 16. November 2023

Herr Krannich verliest die geplante Tagesordnung zur Sitzung.

TOP 12

Verschiedenes

Herr Pippert erinnert nochmal an seine Anfrage zu den Haushaltspositionen.

Herr Sieberhein bittet, wie auch Herr Gimbel in der letzten Gemeindevertretung, darum, die Beleuchtungsdauer der Straßenbeleuchtung um eine Stunde zu verlängern. Außerdem möchte er wissen, wie hoch die Kostenersparnis war, die von der Reduzierung ausging. Herr Sieberhein wird einen entsprechenden Antrag stellen.

Herr Mensing schließt die Sitzung um 22:19 Uhr.

Bernhard Mensing
Vorsitzender

Stephanie Flügel
Schriftführerin